

FORUM FOR A
NEW
ECONOMY

In Zusammenarbeit mit



Wirtschaftswende, aber wie? – Auswertung einer Umfrage zu den großen Herausforderungen für Deutschland*

Thomas Fricke
Anne Zweynert de Cadena

Ob zur Industriepolitik, zur Klimapolitik oder zu Fragen der Ungleichheit und Globalisierung – welche Umsetzung Politiker und Politikerinnen präferieren, dreht sich häufig um die Frage, welche Rolle dabei Staat und Wirtschaft, Regierung und Markt spielen sollen. Dabei wandelt sich die vorherrschende Gewichtung oft im Laufe der Zeit. Von den 1980ern bis in die 2010er-Jahre dominierte sowohl in der Praxis, als auch in der vorherrschenden akademischen Debatte ein tendenziell starkes Vertrauens in die freien Märkte. Dem folgte seit der Großen Finanzkrise eine Phase der Korrektur, in der staatliches Handeln wieder eine größere Rolle zu spielen begann – ob in Form von Industriepolitik oder stärker regulierten Finanzmärkten. Wie stark spiegelt sich dieser paradigmatische Wandel im Meinungsbild der Bevölkerung in Deutschland? Wie stark sind frühere marktliberale Leitbilder noch verankert? Und welche neuen Leitsätze gibt es? Und was heißt das für die Unterstützung oder Ablehnung aktueller Politik in Deutschland – für aktive Industriepolitik, den Abbau von Ungleichheit oder Klimapolitik.

Im Rahmen eines großangelegten Projekts hat das Forum New Economy in Zusammenarbeit mit dpart untersucht, wie die Menschen in Deutschland zu all diesen großen ökonomisch relevanten Fragen denken – und welche Zugkraft dabei einst dominierende marktliberale und neuere Narrative haben. Dabei zeigt sich, dass eine Mehrheit der Menschen skeptisch gegenüber den Selbstheilungskräften von Wirtschaft und Märkten sind, deshalb aber nicht undifferenziert nach dem Staat rufen.

**Dies ist der dritte und umfangreichste Teil der Auswertungen; [im ersten Teil](#) wurden ausgewählte erste Ergebnisse vorgestellt; [im zweiten Teil](#) ging es um das Meinungsbild zu Staatsschulden und Rolle des Staats.*

Einleitung

Braucht es dringend weniger Staat, damit es wirtschaftlich wieder besser geht? Oder eher im Gegenteil: mehr und besseren Staat? Über die Frage streiten Ökonomen und Ökonominen, ebenso wie Politiker und ihre Berater – spätestens, seit das vormals dominierende marktliberale Leitbild mit der Finanzkrise von 2008 an Zugkraft verlor. Dabei zieht sich der Streit durch fast alle großen Herausforderungen, die auch den Bundestagswahlkampf zur Jahreswende 2025 mitbestimmen: ob dazu, welche Industriepolitik richtig ist; oder dazu, wie sich der Klimawandel effektiv stoppen ließe; ob dazu, wie eine Globalisierung in Zeiten geopolitischer Krisen zu gestalten ist oder zum möglichen Abbau von Ungleichheit zwischen Reich und Arm.

Was denken die Menschen dazu? Das Forum New Economy hat in einer groß angelegten Untersuchung in Zusammenarbeit mit dpart zu ergründen versucht, wie die Menschen in Deutschland zu diesen großen Fragen stehen: was überhaupt auf Unmut stößt – ob in Sachen Globalisierung, Klimapolitik oder Ungleichheit. Und was die Leute von Wirtschaft und Staat erwarten, wenn es darum geht, gute Industrie- und Klimapolitik zu machen, die mehrheitlich akzeptiert ist. Sollte der Staat mit Subventionen Hersteller strategisch wichtiger Industrien (z.B. Chip-Fabriken) nach Deutschland locken? Wie weit reicht die Akzeptanz einer Klimapolitik, die auf Bepreisung von CO₂ setzt? Oder braucht es vor allem weniger Staat?

Was Menschen denken, wird dabei erfahrungsgemäß nicht nur durch sachliche Argumente geprägt, sondern auch durch entsprechende Schlagwörter und -sätze. Ein Schwerpunkt der Untersuchungen lag deshalb darauf, neben den inhaltlichen Positionen zu testen, welche Zugkraft – einst dominierende – marktliberale und mögliche neuere Narrative haben.

In einer früheren Phase des Projekts wurden daher typische Wendungen, Schlüsselbegriffe und Narrative identifiziert, wie etwa die Aussage, dass wir “unseren Kindern keine Schuldenberge hinterlassen” dürfen. Die entsprechenden Aussagen wurden dann im Mai 2023 in zwei Wellen von Gruppengesprächen in Leipzig und Bochum diskutiert. Pro Stadt wurden jeweils sechs Kleingruppeninterviews mit je vier Teilnehmenden durchgeführt. Für die anschließende repräsentative Umfrage wurden vom 18. bis 30. Oktober 2024 bundesweit insgesamt 1986 Menschen im Alter von 16 bis 80 Jahren befragt. Die Stichprobe ist repräsentativ für Alter, Geschlecht, Bildungsstand und Bundesland. Dabei ging es in erster Linie darum, die Zustimmung zu bestimmten Narrativen zu testen. Zudem wurden unmittelbare Positionen zu den großen Herausforderungen abgefragt. Mehr Details zur Datenerhebungsmethodik finden sich auf der [Website von dpart](#).

Im Folgenden werden die Ergebnisse in sechs großen Thesen zusammengefasst. Wie die Befragungen gezeigt haben, sind die Deutschen zwar skeptisch, was die Selbstregulierung

von Märkten und Wirtschaft angeht. Daraus leitet sich nur kein unbedingter Ruf nach dem Staat ab, sondern erkennbar spezifischere Erwartungen.

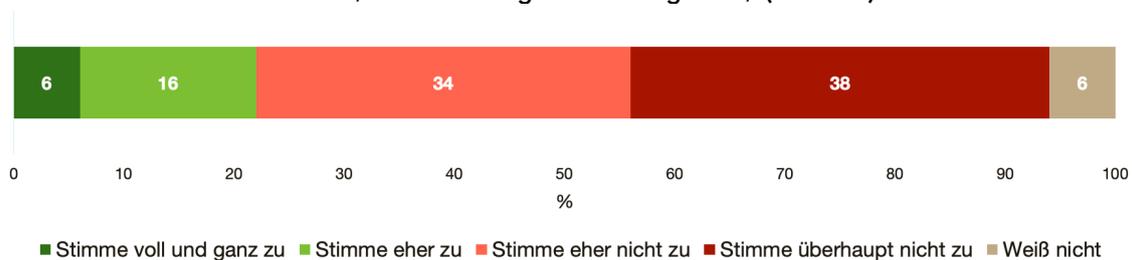
Zweifel an der Selbstregulierung der Wirtschaft

Die Mehrheit der Deutschen äußert große Skepsis gegenüber der Selbstregulierung von Wirtschaft und Märkten. Wohin es mit der Gesellschaft geht, sollten gewählte Vertreter bestimmen.

„Eine Gesellschaft funktioniert am besten, wenn jeder zuerst an sich selbst denkt“. Der Satz gehörte zu den ikonischen Leitmotiven der britischen Premierministerin Margaret Thatcher, die ab 1979 maßgeblich zur Rückkehr marktliberaler Dogmen in den darauffolgenden Jahrzehnten beitrug. Das Motto wirkte auch auf die deutsche Agenda 2010 noch, in der auf den Abbau sozialer Absicherung und mehr Selbstverantwortung und Eigenverantwortung gesetzt wurde. Und es steckt hinter den Vorstellungen libertärer Akteure wie dem argentinischen Präsidenten Javier Milei oder Beratern des US-Präsidenten Donald Trump.

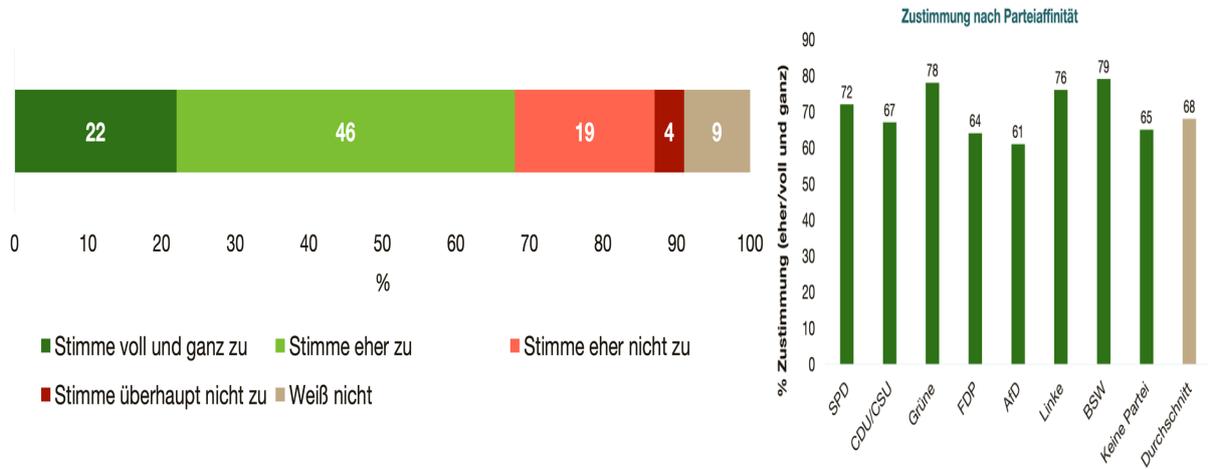
Wie weit die Deutschen davon entfernt sind, solchen radikaleren marktliberalen Konzepten zuzustimmen, lassen gleich mehrere Antworten aus der Befragung vermuten. So befürworteten nur etwas mehr als 20 Prozent der Menschen die Idee von der heilenden Wirkung des Eigensinns. Mehr als 70 Prozent stimmen eher oder überhaupt nicht zu (Abb. 1).

Abbildung 1: „Eine Gesellschaft funktioniert am besten, wenn jeder zuerst an sich selbst denkt.“, Zustimmung/Ablehnung in %, (N=1968)



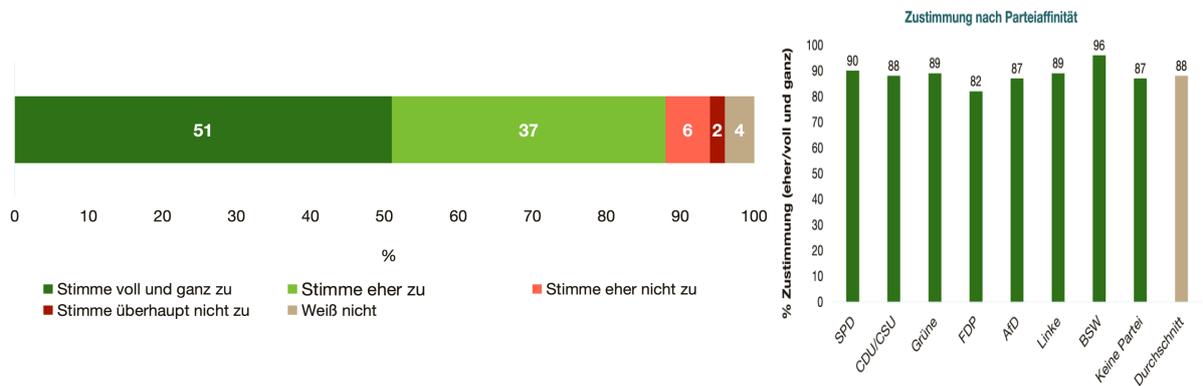
Dazu passt, dass sich eine ähnlich große Mehrheit der Menschen in Deutschland (68 Prozent) dafür ausspricht, dass „von der Gesellschaft und ihren demokratischen Vertretern“ entschieden werden sollte, wohin es wirtschaftlich „im Großen und Ganzen“ geht – und „nicht allein vom Markt“ (Abb. 2). Auffällig ist, dass es zu diesen Grundsatzfragen auch über Parteipräferenzen hinweg einen ausgeprägten Konsens gibt. Dass demokratisch gewählte Vertreter der Gesellschaft über die großen Trends (mit-)entscheiden sollten, sagen 72 Prozent der SPD- und 67 Prozent der CDU/CSU-Wähler. Selbst zwei Drittel der Anhänger und Anhängerinnen der wirtschaftsliberalen FDP (64 Prozent) lehnen ab, dass der Markt über die großen wirtschaftlichen Entwicklungen allein entscheiden sollte. Die Höchstwerte liegen hier mit 76 bis 79 Prozent bei den Sympathisanten von Linken, Grünen und BSW.

Abbildung 2: "Wohin es im Großen und Ganzen wirtschaftlich geht, sollte von der Gesellschaft und ihren demokratisch gewählten Volksvertretern bestimmt werden, nicht vom Markt allein" (Antworten in %, N=1968)



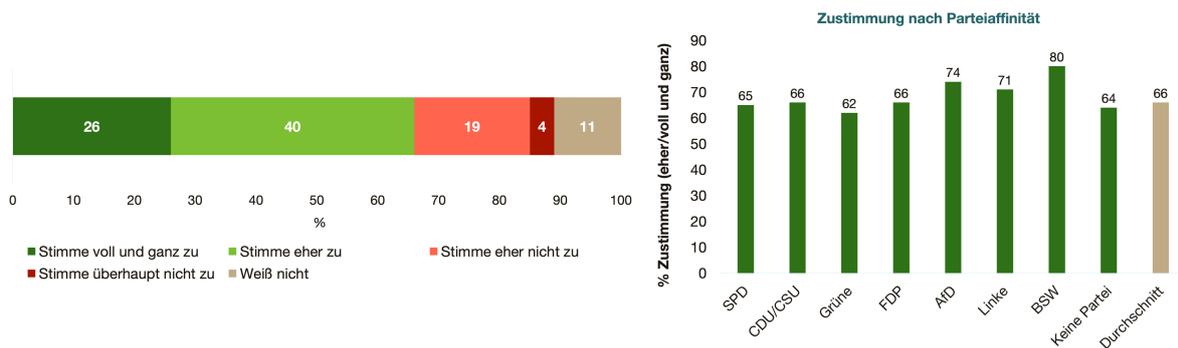
Auf große Zustimmung (fast 90 Prozent) trifft in diesem Zusammenhang auch die Aussage, dass die Wirtschaft "am Ende den Menschen dienen" sollte, nicht umgekehrt (Abb. 3). Auch hierin spiegelt sich eine tiefersitzende Skepsis an einer sich selbst regulierenden Wirtschaft zum Nutzen aller. Und auch hier gibt es über Parteisymphathien hinweg wenig Abweichungen. Die Zustimmungsraten liegen zwischen 90 und mehr Prozent bei SPD- und BSW-Wählern und 82 Prozent bei FDP-Anhängern.

Abbildung 3: "Die Wirtschaft sollte am Ende den Menschen dienen, nicht umgekehrt." (in %, N=1968)



Gleiches gilt für die Wahrnehmung dessen, was die Globalisierung der Wirtschaft mit sich gebracht hat. Nach marktliberaler Vorstellung hätte ein Mehr an Globalisierung stets auch ein Mehr an Wohlstand schaffen sollen – und die Gewinne in jedem Fall die Verluste übertreffen. Daran gibt es heute in Deutschland offenbar große Zweifel. Jedenfalls stimmen zwei Drittel der Menschen im Land dem Satz zu, dass die Globalisierung "zu viele Verlierer" geschaffen habe – und es nicht gut wäre, "um jeden Preis" zu globalisieren (Abb. 4). Hier liegen die Parteien eng beieinander, vor allem bei den etablierten Parteien: selbst unter den Anhängern der wirtschaftsnahen Parteien CDU und FDP äußern sich jeweils 66 Prozent kritisch zur Globalisierung in ihrer bisherigen Form.

Abbildung 4: „Die Globalisierung hat zu viele Verlierer geschaffen. Wir sollten keine Globalisierung um jeden Preis anstreben.“ (in %, N=1968)

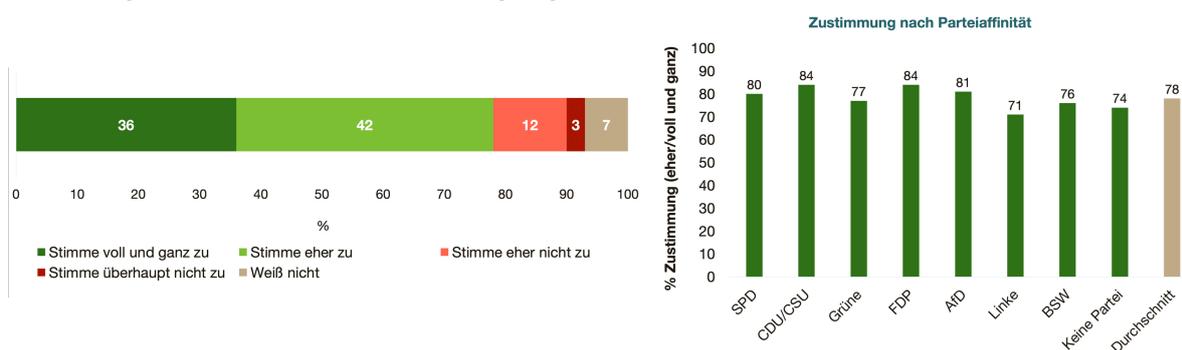


Bedingter Ruf nach dem Staat

Anders als oft vermutet, leitet sich aus dieser Skepsis an einem sehr liberalen Verständnis von Wirtschaft, Markt und Globalisierung kein unbedingter Ruf der Deutschen nach dem Staat ab. Und: wenn der Staat gefragt wird, dann nicht unbedingt in erster Linie, um sozial aufzufangen – also wenn Menschen schon in Not geraten sind. Eine Mehrheit findet sich meist dann, wenn es darum geht, dass Regierung und Politiker Voraussetzung für eine bessere Wirtschaftsentwicklung schaffen – in der jeder Einzelne sein Schicksal dann auch wieder besser in die Hand nehmen kann.

Für ein grundsätzlich starkes Vertrauen in die Kraft der (privaten) Wirtschaft spricht, dass 78 Prozent der Befragten der Losung zustimmen, wonach eine gut laufende Wirtschaft „die beste Sozialpolitik“ ist (Abb. 5). Auch hier gibt es einen weitgehenden Konsens mit Zustimmungsraten von 80 und mehr Prozent bei Wählern von SPD, FDP und Union sowie der AfD – und mehr als 70 Prozent selbst bei denen von Linken und BSW.

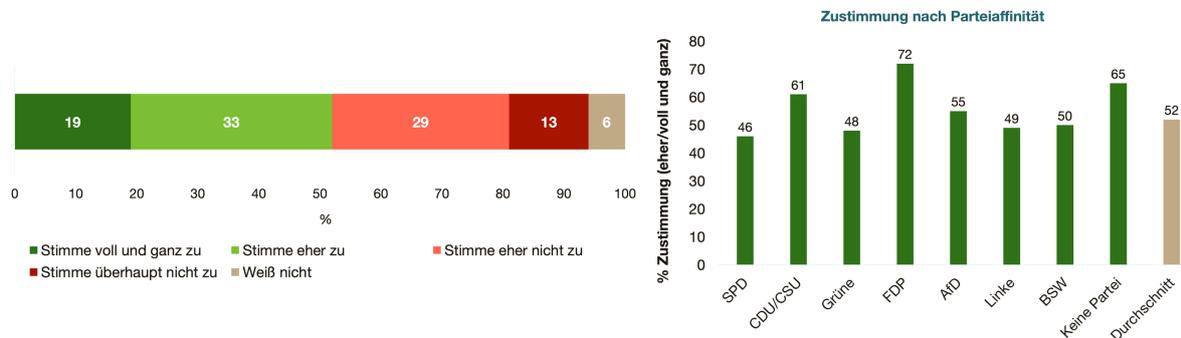
Abbildung 5: „Wenn es der Wirtschaft gut geht, ist das die beste Sozialpolitik.“ (in %, N=1968)



Dass sich aus der Skepsis am marktliberalen Leitbild kein unbedingter Ruf nach dem Staat ableitet, zeigt sich auch bei den Antworten auf die Frage, ob „Jeder seines Glückes Schmied“ sei – und der Staat nur in Notfällen helfen sollte. Dem stimmen immerhin knapp über die Hälfte der Menschen noch zu. Gut 40 Prozent können dem nur nicht mehr folgen (Abb. 6) – was viel ist angesichts der Tatsache, dass dies lange Zeit zum Grundverständnis der deutschen (Aufstiegs-)Gesellschaft zählte. An der Frage scheiden sich vor allem die Parteigeister: Unter Anhängern der FDP zählen 72 Prozent auf eines Jeden Glückes Schmied;

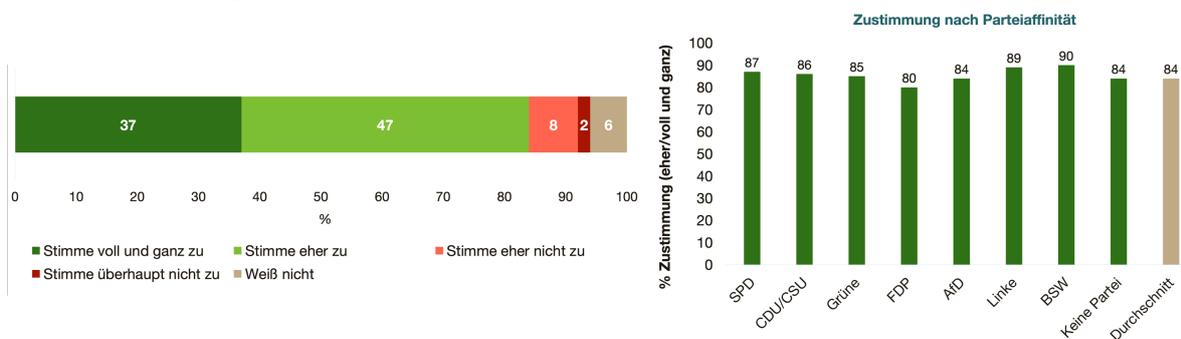
bei den Wählern von Grünen und SPD sind es nur 46 Prozent. Kurz: zu der sehr grundsätzlichen Frage gibt es in Deutschland keinen wirklich breiten Konsens (mehr).

Abbildung 6: „Jeder ist seines Glückes Schmied. Der Staat sollte Menschen nur in Notfällen helfen.“ (in %, N=1968)



Dass all dies nicht gleichbedeutend mit einer grundsätzlichen und breiten Ablehnung staatlicher Hilfen ist, zeigt sich, wenn es um konkretere Aufgaben geht. So stimmen 84 Prozent zu, der Staat solle "die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Menschen mit großen Umbrüchen nicht überfordert sind" (Abb. 7). Wobei es hier wiederum breiten Konsens gibt: der Aussage stimmen selbst 80 Prozent der FDP-Wähler zu. Unter dieser Schwelle liegen die Zustimmungsraten bei keiner der Parteien. Zwar ist durch die Formulierung nicht weiter spezifiziert, wie der Staat diese Voraussetzungen schaffen sollte. Nur ist klar, dass es hier um ein präventives Agieren geht, nicht darum, im Problemfall im Nachhinein auszugleichen, wie das in der gängigen Sozialpolitik oft üblich ist.

Abbildung 7: „Der Staat sollte die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Menschen mit großen Umbrüchen nicht überfordert sind.“ (in %, N=1968)



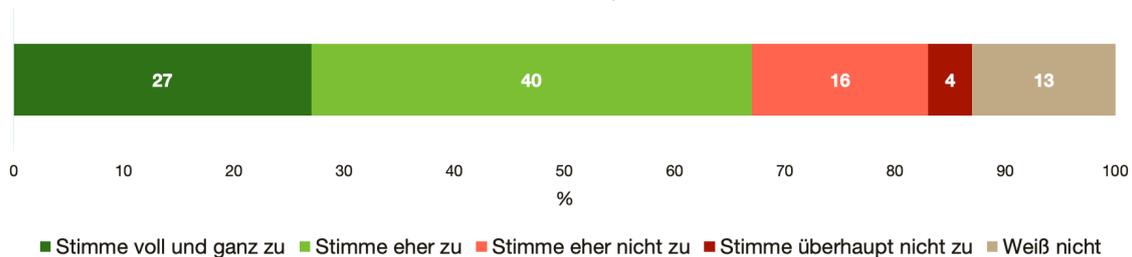
Dass es den Menschen eher um eine aktivierende Hilfe des Staates als um soziales Auffangen geht, spiegelt sich ebenfalls in den spezielleren Fragen dazu, was die Menschen von der Industrie- und Klimapolitik halten und erwarten.

Sympathien für aktivere Industrie- und Klimapolitik

Auch bei den Einstellungen zu Industrie- und Klimapolitik spiegelt sich ein sehr differenziertes Meinungsbild jenseits der vermeintlichen exklusiven Wahl zwischen Markt und Staat. So trifft hinsichtlich der Klima- und Energiepolitik ein Narrativ auf große Sympathie, auf das unter den Parteien gerade Liberale und eher Konservative setzen: jene Technologieoffenheit, mit

der sich im freien Wettbewerb herausstellen sollte, welche Technologien sich gesellschaftlich durchsetzen – etwa um den Klimawandel zu stoppen. Dem Grundsatz stimmen 67 Prozent der Menschen in Deutschland zu – wenig Sympathie äußert nur jeder Fünfte (Abb. 8).

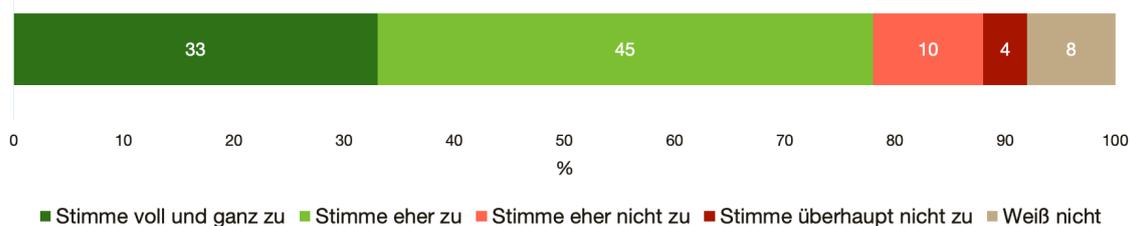
Abbildung 8: „Um den Klimawandel zu stoppen, brauchen wir einen technologieoffenen Wettbewerb um die besten Lösungen. Der Staat sollte da keine Vorgaben machen.“ (in %, N=1968)



Wie in den Kleingruppengesprächen des Projekts offenbar wurde, nährt sich die Sympathie hier allerdings auch stark durch eine emotional aufgeladene Ablehnung des (vermeintlichen) Verbots des Verbrennerautos zugunsten der Elektromobilität.

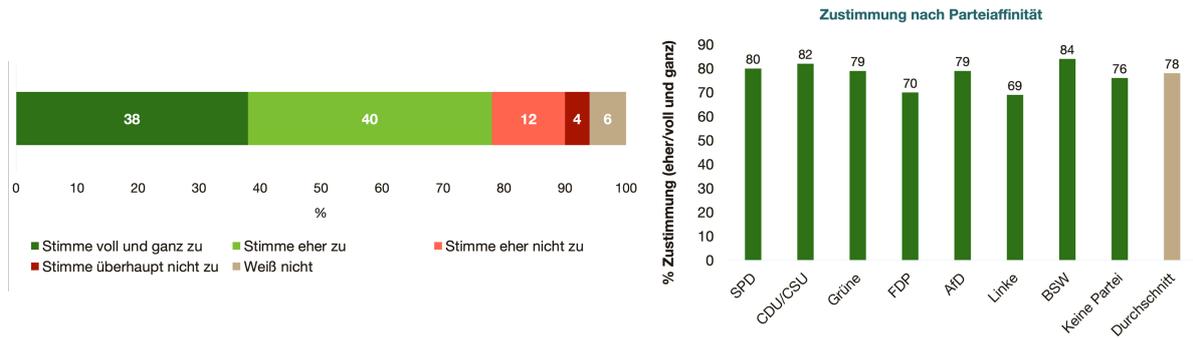
Zu den Ergebnissen auf die grundsätzliche Frage nach Technologiewettbewerb scheinen denn auch die Antworten auf die Frage im Widerspruch zu stehen, ob die Wirtschaft „von alleine“ dafür sorgen werde, den Klimawandel zu stoppen. Hier antwortet eine (ebenso) große Mehrheit von fast 80 Prozent, dass der Staat dafür „erst einmal“ die Voraussetzungen schaffen sollte (Abb. 9). Wobei die Aussagen sich logisch durchaus zusammenfügen ließen: wenn der Staat – wie bei der Ladeinfrastruktur für die Elektromobilität – die Voraussetzungen geschaffen hat, soll der Wettbewerb im Detail für die beste Technologie sorgen. Nur dass der Staat hier schon die Grundsatzentscheidung über die Richtung (E-Autos) schafft.

Abbildung 9: „Von alleine wird die Wirtschaft nicht dafür sorgen, dass der Klimawandel gestoppt wird. Der Staat muss die Voraussetzungen erst einmal schaffen.“ (in %, N= 984)



Dass es Aufgabe der Regierung ist, aktiv entsprechend gute Voraussetzungen zu schaffen, spiegelt sich auch in den Antworten, die auf die in Deutschland immer noch umstrittene Industriepolitik zielen. Während viele ordoliberalen Ökonomen hier skeptisch sind und etwa eine Subventionierung zum Anlocken von Chip-Herstellern (wie in Magdeburg oder Dresden) ablehnen, zeigen sich die Deutschen insgesamt durchaus offen. Das gilt für die oben zitierte Klima- ebenso wie für die geopolitisch-strategisch motivierte Industriepolitik. Auf große Zustimmung trifft etwa der Satz, wonach Politiker dafür sorgen sollten, dass das Land weniger abhängig von anderen Staaten ist. Dass dazu „auch wichtige Produktionen ins Inland geholt werden“ sollten, befürwortet fast 80 Prozent (Abb. 10).

Abbildung 10: „Politiker sollten dafür sorgen, dass das Land weniger abhängig von anderen Staaten ist und strategisch wichtige Produktionen ins Inland geholt werden.“ (in %, N= 1968)



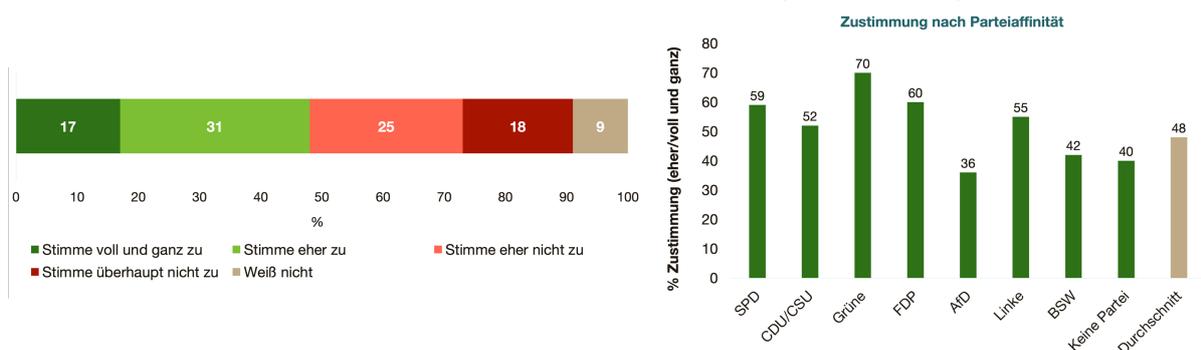
Auch hier herrscht weitgehend Konsens. Für diese Art Industriepolitik zugunsten der Souveränität des eigenen Landes sind auch 70 Prozent der Wähler der FDP – und sogar 82 Prozent der CDU/CSU-Anhänger. Aus beiden politischen Lagern hatte es hier starke Kritik an entsprechenden Versuchen des grünen Bundeswirtschaftsministers gegeben.

Klimapolitik über Anreize, statt über Strafen

Ein Credo der Klimapolitik ist seit jeher, dass es darum geht, klimaschädliches Verhalten abzuschrecken. Sowohl die Grünen als auch marktliberale Ökonomen setzten daher lange Zeit auf die regulierende Wirkung der Bepreisung von CO₂-Ausstoß. Nach dem Prinzip: wenn der Preis für Benzin steigt, erhöht dies den Anreiz auf ein Elektroauto umzusteigen. In den vergangenen Jahren ist die Kritik an diesem prinzipiellen Vorgehen gewachsen – weil die Bepreisung von CO₂ nur sehr indirekt auf das Verhalten der Menschen wirkt; und weil es gegen die Versuche, emissionsintensives Verhalten zu verteuern, immer wieder massive gesellschaftliche Widerstände gibt.

Wie die Befragung zeigt, gibt es für den Grundsatz einer Klimapolitik über höhere Kosten für schädliches Verhalten keine Mehrheit mehr: Nur 17 Prozent stimmen dem Prinzip „voll und ganz“, weitere 31 Prozent „eher“ zu (Abb. 11). Dagegen sind mit 43 Prozent fast die Hälfte. Hier zeigt sich auch eine auffallend große Spaltung nach Parteisymphathien. Während immerhin 70 Prozent der Grünen-Wähler eher oder voll und ganz zustimmen, sind es bei den CDU-Anhängern nur 52 Prozent – und bei den AfD-Wählern nur 36 Prozent.

Abbildung 11: „Die Politik sollte alles, was klimaschädlich ist, verteuern. Dann verhalten sich die Menschen von allein klimafreundlicher.“ (in %, N=1968)



Wie Umfrageauswertungen gezeigt haben, ist die Zustimmung zur AfD vor allem seit dem Inflationsschock 2022 in Deutschland deutlich gewachsen. Dies steht in Einklang dazu, warum AfD-Wähler auch besonders ablehnend auf klimapolitisch motivierte Preiserhöhungen reagieren. Umgekehrt würde eine solche Politik dann den Zulauf zur AfD tendenziell verstärken.

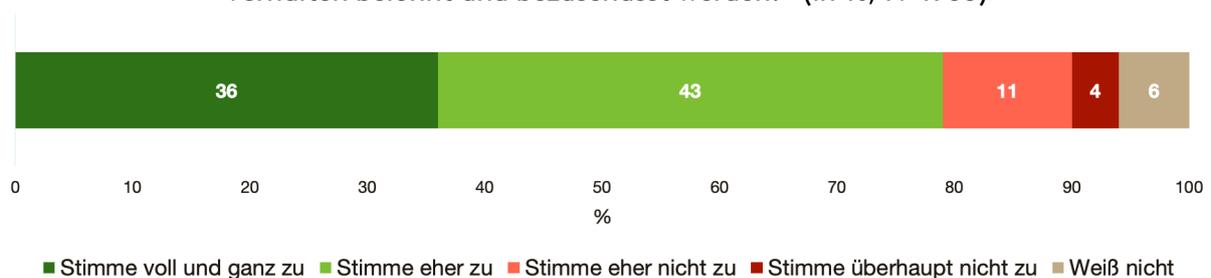
Dass all das nicht gegen eine ambitionierte Klimapolitik per se sprechen muss, lässt sich aus den Antworten auf die Frage nach den Alternativen ableiten. Deutlich mehr als 80 Prozent der Menschen halten es vor allem dann für ungerecht, Autofahren oder Heizen zu verteuern, "wenn die Leute keine bezahlbare Alternative" haben (Abb. 12) – wenn also etwa Elektroautos noch deutlich teurer sind.

Abbildung 12: „Autofahren oder Heizen zu verteuern, ist ungerecht, wenn die Leute keine bezahlbaren Alternativen haben. Klimapolitik darf keine Frage des Geldbeutels sein.“ (in %, N=1968)



Entsprechend hoch ist die Zustimmung zu einer Politik, die Menschen für klimafreundliches Verhalten eher belohnt und bezuschusst – als sie zu bestrafen. Dem stimmen 36 Prozent voll und ganz zu – und weitere 43 Prozent "eher" (Abb. 13). Die hohen Raten lassen vermuten, dass es auch eine entsprechend große Bereitschaft gibt, zu einer Politik zugunsten des Klimas beizutragen – wenn die richtigen Anreize gesetzt werden.

Abbildung 13: „Es ist besser, die Leute nicht zu bestrafen. Stattdessen sollte klimafreundliches Verhalten belohnt und bezuschusst werden.“ (in %, N=1968)



Unmut über Ausmaß der Ungleichheit im Land

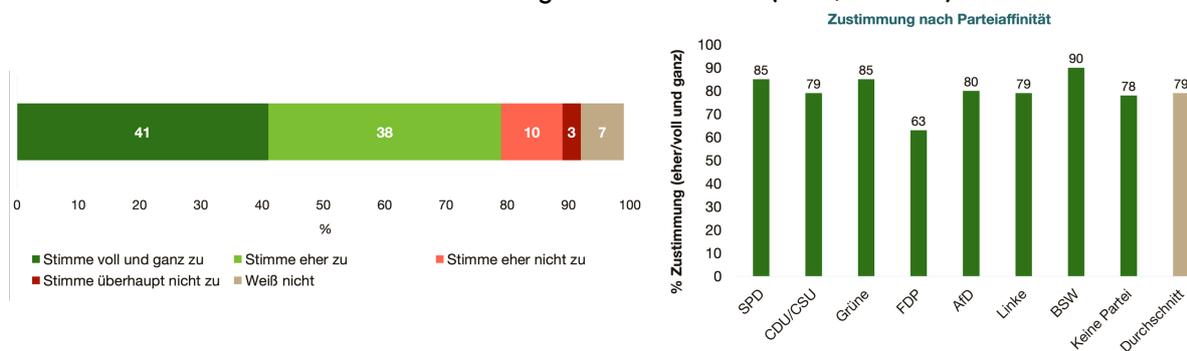
Über die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen wird in Deutschland immer wieder hoch emotional gestritten. Dabei geht es um die gemessene Ungleichheit, über die Fachleute immer weniger uneins sind – und mehr noch darum, welches Ausmaß an Ungleichheit problematisch ist oder einfach Ausdruck unterschiedlicher Leistung.

Wie [Umfragen](#) des Forums schon vor fünf Jahren ergaben, sieht eine große Mehrheit der Deutschen im Reichtumsgefälle inzwischen eine Gefahr für den gesellschaftlichen

Zusammenhalt. Dies wird durch die aktuelle Welle der Befragungen bestätigt. Dass die Ungleichverteilung zum Problem für den sozialen Zusammenhalt wird, sagen gut 75 Prozent. Nur 5 Prozent sehen darin gar kein Problem.

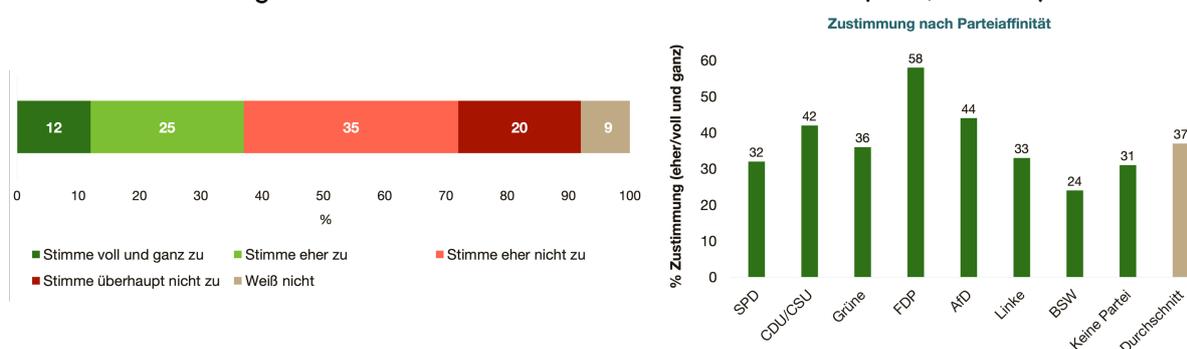
Wie sehr das Gefälle als Problem empfunden wird, zeigt sich auch an dem stark gewachsenen Zweifel daran, dass die unterschiedlichen Einkommen und Vermögen schlicht unterschiedliche Leistungen spiegeln. Knapp 80 Prozent der Deutschen stimmt der Aussage zu, dass die Unterschiede "nicht mehr im Verhältnis zur Leistung" der Menschen im Land stehen (Abb. 14). Dies reflektiert grundlegende Zweifel selbst an einem konservativeren Verständnis, wonach Leistung lohnen muss. Zwar gibt es hier durchaus Abweichungen nach Parteipräferenz. Selbst unter den FDP-Anhängern sind allerdings jene deutlich in der Mehrheit (63 Prozent), die an der Angemessenheit des Gefälles inzwischen zweifeln.

Abbildung 14: „Das Gefälle zwischen Reich und Arm in Deutschland steht heute nicht mehr im Verhältnis zur Leistung der Menschen.“ (in %, N=1968)



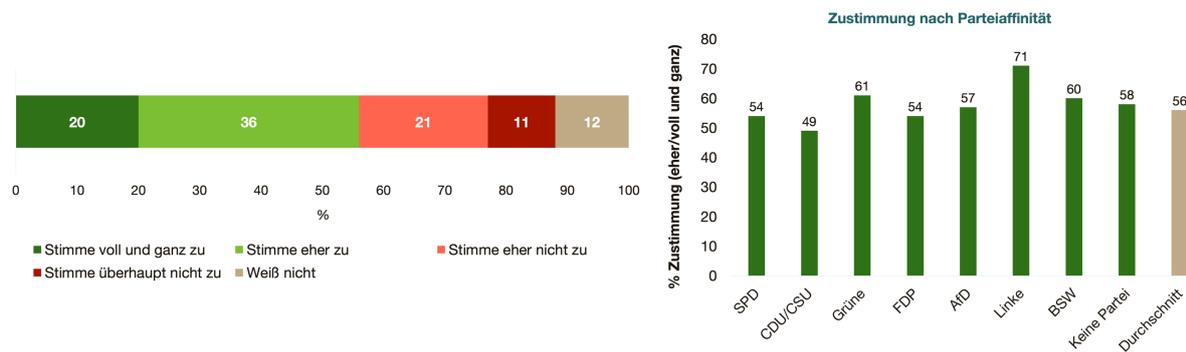
Der Befund scheint klar und wenig umstritten. Weit weniger eindeutig fallen die Antworten aus, wenn es darum geht, was am besten getan werden sollte, um das Gefälle abzubauen. Das gilt etwa für die Frage, ob zum Abbau von Ungleichheit die Steuern auf Reiche erhöht werden sollten. Fast 40 Prozent (Abb. 15) der Befragten sagen, dass sich Reiche ihr Vermögen "hart erarbeitet" haben – und deshalb nicht mit höheren Steuern bestraft werden sollten. Immerhin etwas mehr als die Hälfte (55 Prozent) stimmen dem nicht oder eher nicht zu und hielten eine höhere Besteuerung für angemessen. Selbst unter FDP-Anhängern hält nur eine relative knappe Mehrheit den Reichtum nicht für durchweg berechtigt (58 Prozent). Und: Bei CDU-Wählern stimmen nur 42 Prozent zu, dass Reiche ihr Vermögen (pauschal) verdienen; unter den anderen gibt es durchaus Sympathie für höhere Steuern.

Abbildung 15: „Reiche haben sich ihr Vermögen hart erarbeitet und sollten nicht durch hohe Vermögens- und Erbschaftssteuern bestraft werden.“ (in %, N=1968)



Eine Alternative zur Anhebung von Steuern auf Reiche wird seit geraumer Zeit diskutiert: das Austeilen einer Art Startkapital für junge Menschen. Berechnungen ergaben, dass sich die Vermögensungleichheit über so eine staatliche Starthilfe (von etwa 30.000 Euro oder mehr) deutlich schneller abbauen ließe als selbst über eine höhere Besteuerung von Vermögen oder Erbschaften. Unter den Befragten stößt diese Lösung auf Sympathie. Der Option eines Startkapitals stimmen 56 Prozent zu; lediglich 32 Prozent zeigen sich skeptisch (Abb. 16). Aufgeschlüsselt nach Parteisympathie ergeben sich fast durchweg Zustimmungsraten von mehr als 50 Prozent (mit Ausnahme der CDU, wo die Zustimmung 49 Prozent erreicht). Am größten ist sie bei den Linke-Wählern (71 Prozent).

Abbildung 16: „Da man heute entweder in Reichtum geboren wird oder nicht, sollte der Staat dafür sorgen, dass alle vom Staat ein Startkapital bekommen.“ (in %, N=1968)



Staatsschulden für Investitionen akzeptabel

Die grundlegend skeptische Haltung der Deutschen gegenüber staatlicher Verschuldung ist sprichwörtlich. Als Sinnbild gilt dabei die Schwäbische Hausfrau. Das hat sich nicht grundsätzlich geändert. Dennoch zeichnet sich ab, dass sich die Einstellungen wandeln – und dass die Ablehnung gegenüber Staatsschulden heute deutlich weniger stark ist, als es das Image der Deutschen vermuten lässt. Die Umfrageergebnisse zeigen: Es gibt inzwischen eine sehr weitgehend geteilte Wahrnehmung, dass der Staat dringend mehr investieren sollte – und eine nennenswerte Zustimmung dazu, diese Ausgaben dann auch über Kredit zu finanzieren. Eine ausführliche Analyse von Meinungsbild und Narrativen zu Staatsschulden ist in einem separaten [Bericht](#) zu finden.

Fazit

Die deutsche Wirtschaft kriselt. Doch wie sich die Krise lösen lässt, darüber wird zur Jahreswende 2025 erneut heftig gestritten – zumal im Bundeswahlkampf. Dabei drehen sich die Kontroversen im Kern immer wieder um die Frage: mehr Markt oder mehr Staat? Die vorliegende Studie, basierend auf einer repräsentativen Umfrage, hat vor diesem Hintergrund die Einstellungen und Sympathien der Menschen in Deutschland zu den großen wirtschaftlichen Herausforderungen getestet und dabei vor allem gängige Wendungen und Narrative geprüft.

Die überwiegende Mehrheit der Menschen in Deutschland glaubt nicht an eine sich selbst

regulierende Wirtschaft zum Nutzen aller. Dies gilt selbst über Parteigrenzen hinweg. So stimmt selbst eine Mehrheit von FDP- oder CDU-Wählern zu: wohin sich die Wirtschaft entwickelt, sollte nicht dem Markt allein überlassen, sondern von der Gesellschaft und ihren demokratischen Vertretern entschieden werden. Schließlich sollte die Wirtschaft den Menschen dienen, nicht umgekehrt – sagen beinahe 90 Prozent.

Anders als oft vermutet, lässt sich aus dieser Skepsis aber nicht bestätigen, dass die Deutschen deshalb undifferenziert nach dem Staat rufen – es mithin eine Vollkasko-Mentalität gäbe, wie es liberale Kritiker gelegentlich äußern. So sollte der Staat die nötigen Voraussetzungen für eine bessere Wirtschaftsentwicklung schaffen sowie dafür, dass Menschen mit Umbrüchen nicht überfordert sind. Gleichzeitig setzt knapp über die Hälfte der Befragten immer noch auf die individuelle Verantwortung im Sinne von „Jeder ist seines Glückes Schmied“. Den allermeisten Menschen geht es offenbar eher um präventive und aktivierende Hilfe des Staates als um soziales Auffangen.

Diese Haltung spiegelt sich auch im Meinungsbild zur Industrie- und Klimapolitik. Fast 80 Prozent der Menschen befürworten eine Politik, die klimafreundliches Verhalten belohnt und bezuschusst, anstatt klimaschädliches Verhalten zu verteuern. Für das Credo einer Klimapolitik über höhere Kosten für schädliches Verhalten findet sich keine Mehrheit mehr, auch wenn es hier eine große Spaltung nach Parteisympathien gibt. Konsens herrscht darüber, dass eine solche Politik ungerecht ist, solange keine bezahlbaren klimafreundlichen Alternativen zur Verfügung stehen.

Die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen wird von drei Vierteln der Menschen in Deutschland als Gefahr für den sozialen Zusammenhalt gesehen. Mehr noch: das Gefälle steht für eine große Mehrheit nicht mehr im Verhältnis zur Leistung – auch hier selbst in der Anhängerschaft von FDP und CDU-CSU, deren wirtschaftliches Selbstverständnis sehr auf das Leistungsprinzip baut. Uneinig sind sich die Menschen allerdings, wenn es um Maßnahmen zur Reduzierung der Ungleichheit geht. So ist beispielsweise nach wie vor eine knappe Mehrheit gegen höhere Steuern für Reiche.

Die Ablehnung gegenüber Staatsschulden ist unter den Menschen in Deutschland heute deutlich weniger stark, als es das Image vermuten lässt. Es gibt eine sehr weitgehend geteilte Wahrnehmung, dass der Staat dringend mehr investieren sollte – und eine nennenswerte Zustimmung dazu, diese Ausgaben dann auch über Kredit zu finanzieren.

Annex

Abbildung A-1: Zustimmung zu Narrativen im Themenbereich „Übergeordnete Narrative“ (in %)

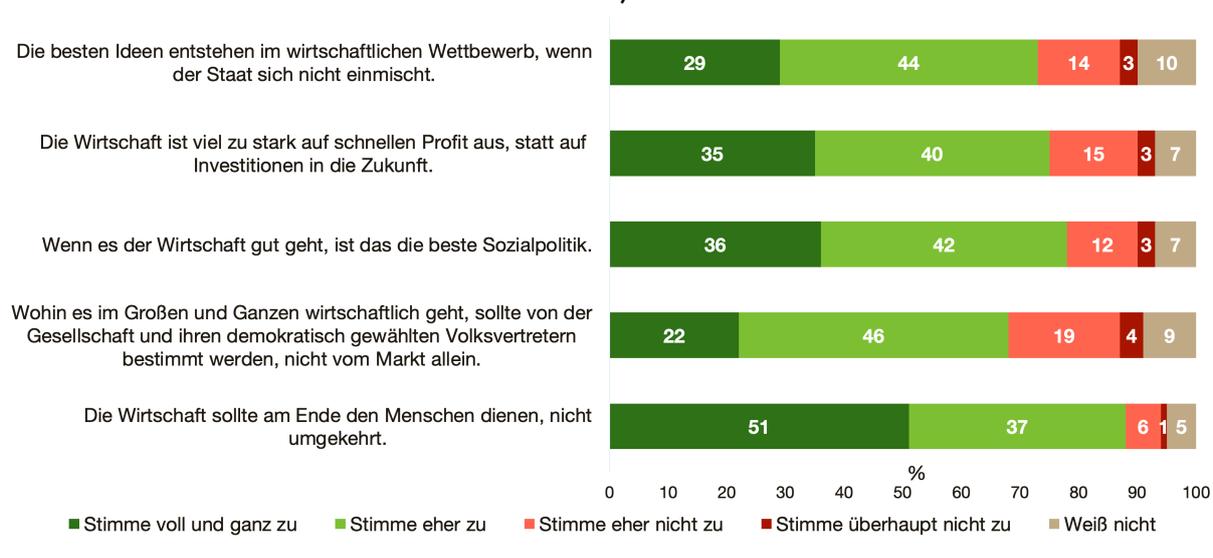


Abbildung A-2: Zustimmung zu Narrativen im Themenbereich „Staat neu denken“ (in %)

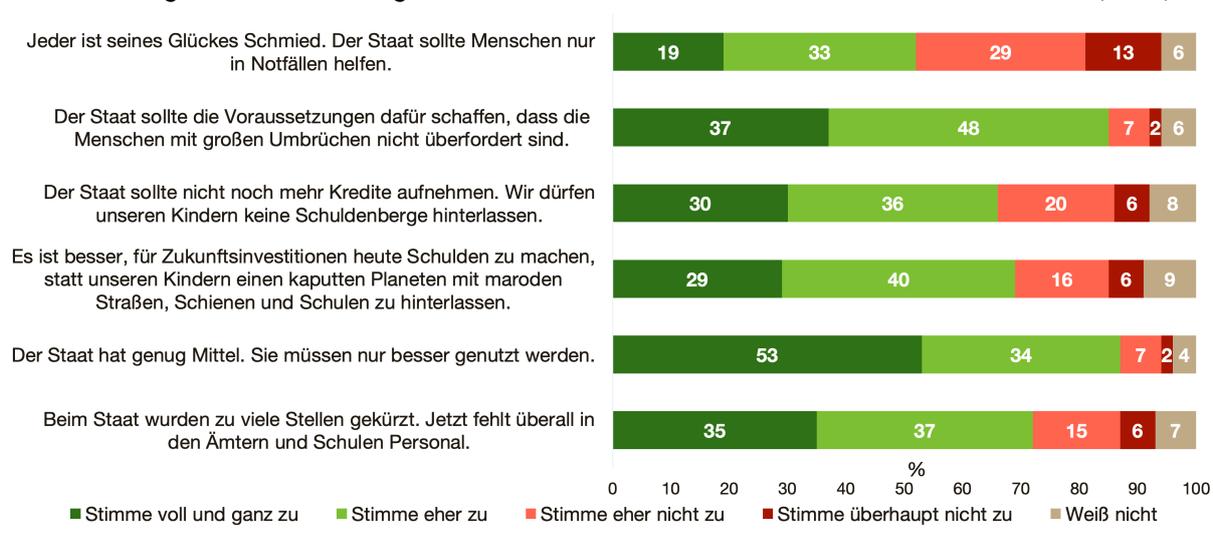


Abbildung A-3: Zustimmung zu Narrativen im Themenbereich „Globalisierung für alle“ (in %)

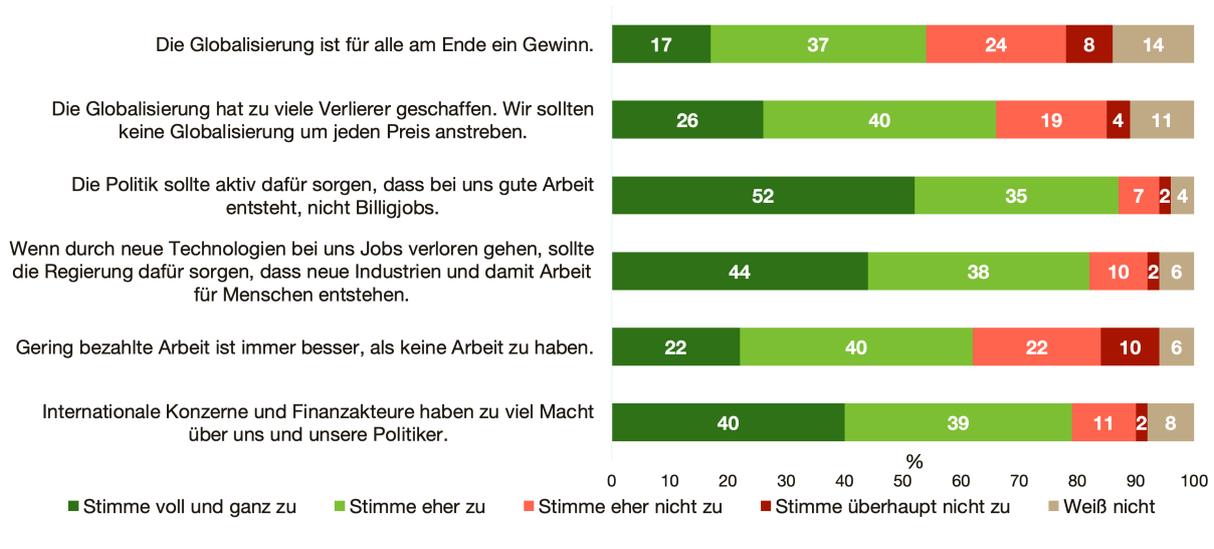


Abbildung A-4: Zustimmung zu Narrativen im Themenbereich „Moderne Klimapolitik“ (in %)

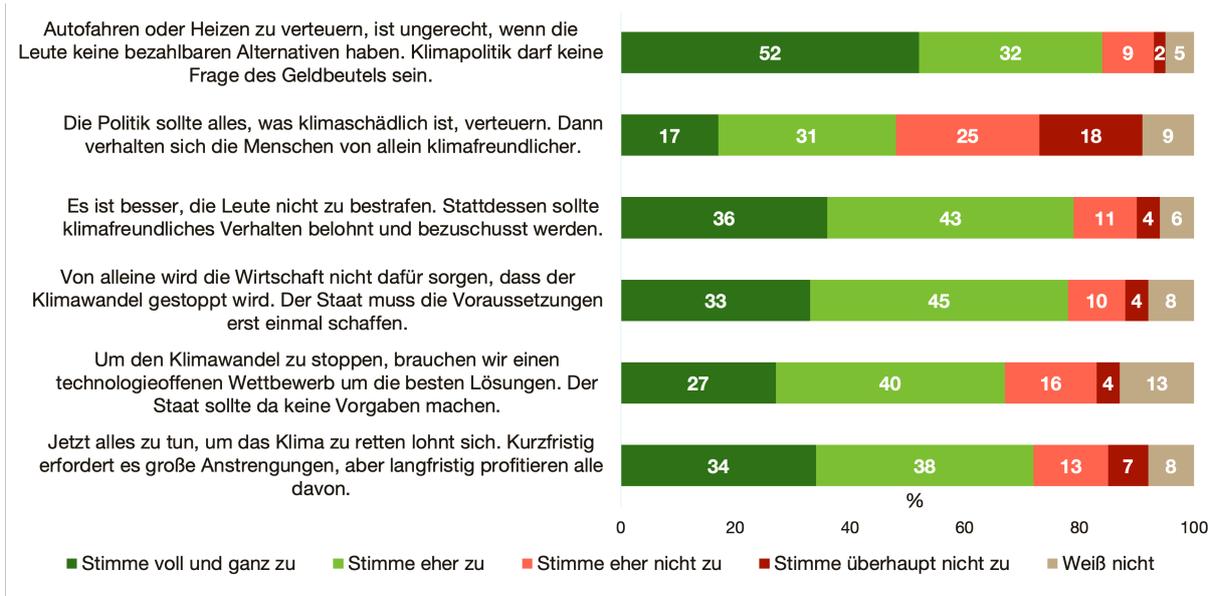


Abbildung A-5: Zustimmung zu Narrativen im Themenbereich „Ungleichheit abbauen“ (in %)

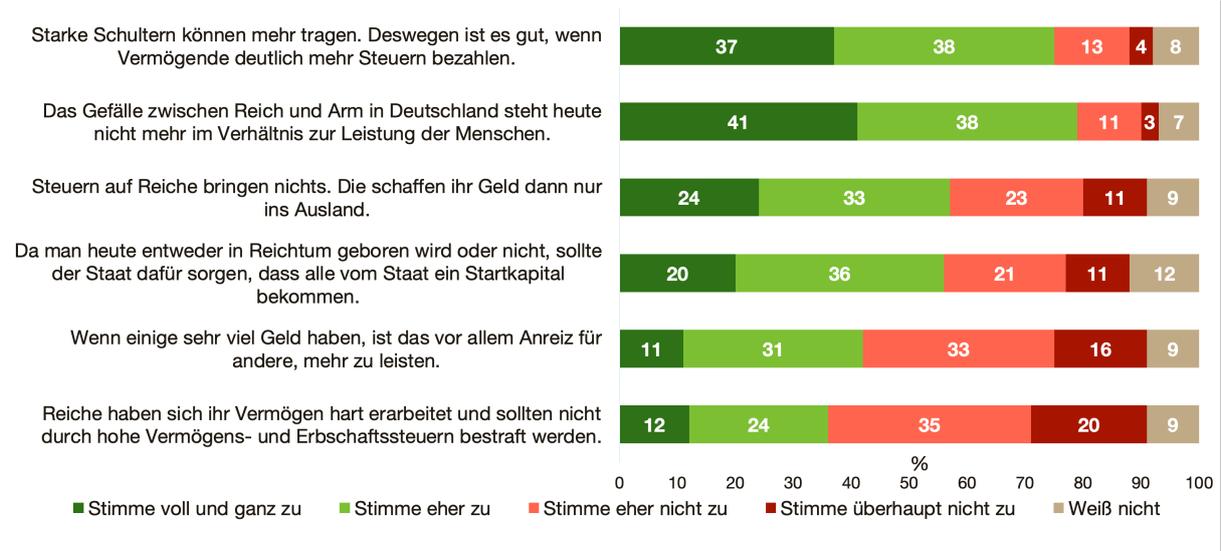
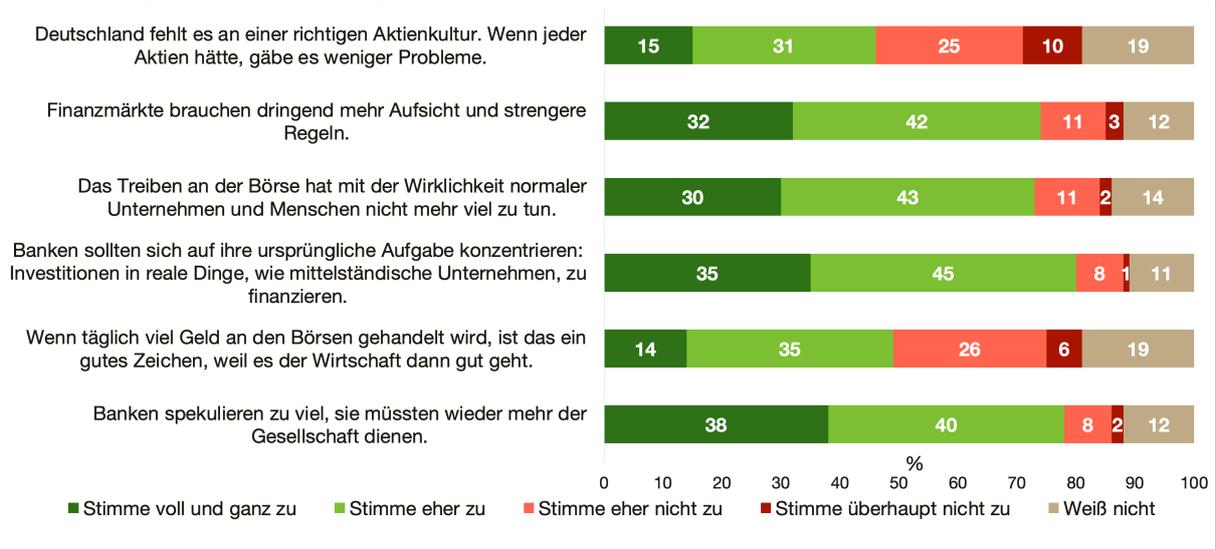


Abbildung A-6: Zustimmung zu Narrativen im Themenbereich „Finanzwelt erneuern“ (in %)



Veröffentlicht im Februar 2025

© Forum New Economy. Neue Promenade 6, 10178 Berlin, Germany

Diese Publikation ist als PDF-Datei auf der Website <https://newforum.org/forum-monitor-wirtschaftswende-aber-wie> unter einer Creative-Commons-Lizenz verfügbar, die das Kopieren und Verbreiten der Publikation erlaubt, allerdings nur in ihrer Gesamtheit, solange Forum New Economy und d|part genannt werden und zur Verwendung für nichtkommerzielle Bildungs- oder öffentliche Zwecke.

Grafiken dürfen ohne Zustimmung nicht getrennt von der Publikation verwendet werden.

Kontakt

Forum New Economy
www.newforum.org
info@newforum.org

Neue Promenade 6
10178 Berlin